

Blick in die Welt

Autor(en): **Bührer, Walter**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Appenzeller Kalender**

Band (Jahr): **287 (2008)**

PDF erstellt am: **18.05.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-377362>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Blick in die Welt

WALTER BÜHRER

2007 wird möglicherweise im doppelten Sinne als «Jahr der globalen Klimaänderung» in die Geschichte eingehen. Erstmals verdichtete sich die Vermutung, wonach menschliche Aktivitäten entscheidend zur aktuellen Erwärmung der Erdatmosphäre beitragen, zur wissenschaftlich erhärteten Feststellung. Wie nie zuvor wurde Klimapolitik 2007 zu einem der beherrschenden Themen der Weltpolitik: Auch Länder wie die USA und China, die sich bisher jedem weltweiten Vorgehen zur Eindämmung der CO₂- und Treibgasemissionen vehement widersetzt hatten, gerieten unter Druck, so dass sie sich zur Formulierung eigener Aktionspläne veranlasst sahen.

Bereits in den Achtzigerjahren, als sich die globale Klimaänderung abzuzeichnen begann, hatte die UNO ein wissenschaftliches Gremium zur Beobachtung des Weltklimas ins Leben gerufen. Seither hat das Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) drei Berichte veröffentlicht (1990, 1995 und 2001), die ein zunehmend düsteres Bild zeichnen, immer aber mit der Feststellung endeten, dass die Wissenschaft noch keine abschliessenden Beweise in der Hand habe, dass der Klimawandel primär «menschengemachte» Ursachen habe. Im vierten Bericht gelangte das



Bild: Keystone

Der Kohlendioxid-Ausstoss hat in den letzten Jahrzehnten global stark zugenommen; er wird von UNO-Wissenschaftlern als Hauptursache für die Klimaveränderung betrachtet.

IPCC nun zum Schluss, die meisten der beobachteten Veränderungen gingen in die Richtung, die man als Folge einer vom Menschen verursachten Klimaerwärmung erwarte. Zum ersten Mal, so das IPCC, habe man «ein klares Klimasignal als Folge der menschlichen Aktivitäten auf globaler Ebene» empirisch nachweisen können. Die Beobachtungen des vierten IPCC-Berichts lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Die für Klimaänderungen verantwortlichen Änderungen der Strahlungsbilanz werden vorwiegend durch Kohlendioxid verursacht, in kleinerem Umfang durch andere Treibhaus-

gase. Änderungen der Sonnenstrahlung haben dagegen nur einen geringen Einfluss.

- Der Kohlendioxid-Gehalt der Luft hat seit 1750 um 35 % zugenommen. Die Zuwachsrate der letzten 10 Jahre ist die höchste seit 50 Jahren. 78 % der Erhöhung gehen auf die Nutzung fossiler Brennstoffe zurück, 22 % auf Rodungen und Waldbrände.
- Die schneebedeckte Fläche der Erde hat seit 1980 um 5 % abgenommen.
- Die Temperaturen in den oberen Schichten des Permafrosts haben sich seit 1980 um 3 Grad Celsius erwärmt, und die Ausdehnung des saisonal gefrore-

nen Bodens hat seit 1900 um 7 % abgenommen.

- Der Meeresspiegel ist seit 1993 durchschnittlich um 3 mm pro Jahr gestiegen, im 20. Jahrhundert insgesamt um 17 cm. Davon ist etwas mehr als die Hälfte verursacht durch thermische Ausdehnung der wärmeren Ozeane, etwa 25 % durch Abschmelzen der Gebirgsgletscher und etwa 15 % durch das Abschmelzen der polaren Eisschilde.

Die IPCC-Wissenschaftler gehen davon aus, dass sich die Klimaerwärmung in den nächsten Jahren und Jahrzehnten fortsetzen wird. Szenarien des IPCC rechnen mit einem globalen Temperaturanstieg von bis zu vier Grad in den nächsten hundert Jahren. Davon beeinflusst wird zunächst einmal die Verteilung der Niederschläge auf der Erde. Die Ungerechtigkeiten zwischen den reichen Nationen des Nordens und den armen Staaten im Süden werden weiter zunehmen. So rechnen die UNO-Wissenschaftler damit, dass im Jahr 2020 im besonders betroffenen Afrika zwischen 75 und 250 Millionen Menschen als Folge der Klimaveränderung unter Wassermangel leiden werden. Zunehmen wird auch die Gefährdung von Küstenzonen, insbesondere der Delta-Regionen in Asien und Afrika, sowie flacher Inseln wie der Malediven. Ausserdem dürfte sich der Temperaturanstieg negativ auf die Artenvielfalt auswirken. Be-

reits bei einer Zunahme der globalen Temperatur um 1,5 bis 2,5 Grad wären nach Einschätzung der IPCC-Wissenschaftler 20 bis 30 Prozent der Tier- und Pflanzenarten einem erhöhten Risiko des Aussterbens ausgesetzt.

Seit den Neunzigerjahren des letzten Jahrhunderts ist die Klimapolitik zu einem Thema der internationalen Politik geworden. 1992 hatte die UNO-Konferenz über Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro den Grundstein für ein weltweit koordiniertes Vorgehen gelegt, und 1997 waren in Kyoto erstmals verbindliche Zielwerte für den Ausstoss von Treibhausgasen beschlossen worden. Dem Kyoto-Protokoll – 2005 in Kraft getreten und bis 2012 laufend – haftete allerdings der Nachteil an, dass es nur den «alten» Industrienationen Ziele vorgab, hingegen aufstrebenden Nationen wie China und Indien völlige Freiheit belass. Namentlich China mit seiner notorisch schlechten Energiebilanz und seinem ungestümen Wirtschaftswachstum trägt eine Hauptverantwortung für die Zunahme der Schadstoff-Emissionen; in Kürze dürfte die Volksrepublik die USA als grösster Emittent von Treibhausgasen ablösen. Im Gegenzug lehnten es die USA ab, das Kyoto-Protokoll zu ratifizieren.

Präsident George W. Bush weigerte sich beharrlich, sich auf verbindliche Emissionsziele festlegen zu lassen, deutete aber die Bereitschaft der USA an, in der

Klimapolitik künftig mit der UNO zusammenzuarbeiten. Im unmittelbaren Vorfeld des G-8-Gipfels von Heiligendamm (Deutschland) machten die USA einen Vorschlag publik, wie das globale Klima künftig zu schützen sei. Sie vollzogen damit unter dem Druck der Europäer eine bemerkenswerte Kehrtwendung; bisher hatte Washington die Ernsthaftigkeit des Klimawandels stets in Abrede gestellt. Laut dem US-Plan sollten sich jene 15 Länder, die weltweit am meisten Treibhausgase ausstossen, bis Ende 2008 auf langfristige Ziele zur Verminderung der CO₂-Emissionen einigen. Angesichts des internationalen Drucks sah sich auch Peking genötigt, Position zu beziehen: Zwar lehnte die Volksrepublik bindende Klimaschutz-Ziele ab, indem es den Industrienationen des Westens die Schuld an der Klimaerwärmung zuschob. Gleichzeitig listete die chinesische Regierung jedoch zahlreiche Programme zur Aufforstung, zum verstärkten Ausbau erneuerbarer Energien wie Wasser- und Windkraft sowie zur Förderung der Energieeffizienz auf. Allerdings über-tünchte sie damit, wie wenig die bisher beschlossenen Massnahmen angesichts der Dynamik der chinesischen Wirtschaftsentwicklung bisher gegriffen haben.

Atomare Provokationen

Kurzfristig brisanter als die Klimaveränderungen sind für die

Weltgemeinschaft die Herausforderungen durch Terrorismus und die Weiterverbreitung von Atomwaffen. Nordkorea und Iran – zwei Staaten, die beide ursprünglich den Atomwaffen-Sperrvertrag von 1968 unterzeichnet hatten – trieben ihre Nuklearprogramme unbeirrt voran. Am 9. Oktober 2006 führte Nordkorea nach eigenen Angaben einen unterirdischen Atomtest durch. Ob es sich bei der Detonation tatsächlich um eine atomare Sprengung handelte, blieb jedoch offen.

Auch Iran blieb ungeachtet wachsenden internationalen Drucks unbeugsam: Am 31. Juli 2006 verabschiedete der Sicherheitsrat der UNO eine moderate Resolution, welche Iran bis zum 31. August Zeit liess, sein Programm zur Urananreicherung zu unterbrechen, ansonsten müsse sich das Land auf wirtschaftliche und diplomatische Sanktionen gefasst machen. Iran liess darauf postwendend verlauten, dass es die Arbeiten zur Urananreicherung ausweiten wolle. «Wir werden unsere Atomtechnologie fortentwickeln, wann immer es notwendig sein wird», erklärte Chefunterhändler Larijani in Teheran. Die US-Regierung ihrerseits verschärfte die Spannungen, indem sie gewaltsame Mittel zur Unterbindung des iranischen Atomprogramms nicht völlig ausschloss.

Die Auseinandersetzungen um das iranische Atomprogramm hatten auch Auswirkungen auf die Beziehungen

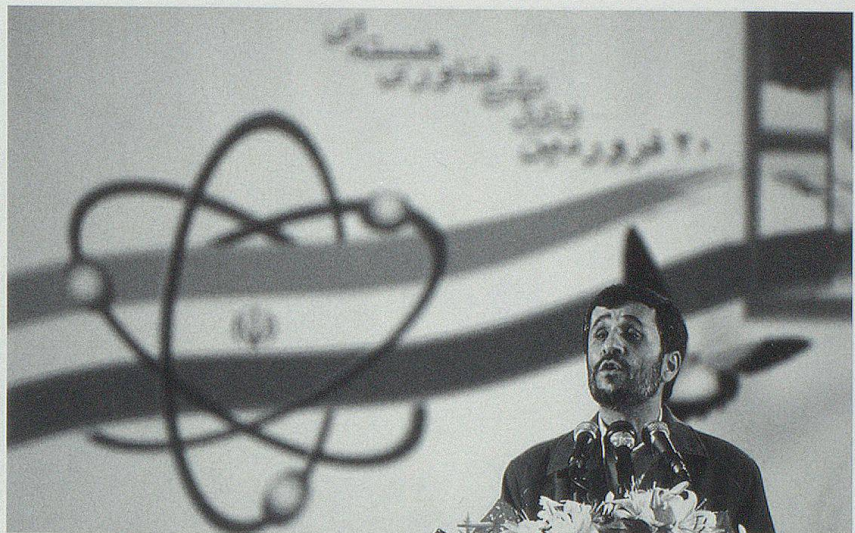


Bild: Keystone

Der iranische Präsident Mahmud Ahmadedschad pocht auf das Recht seines Landes, sein Nuklearprogramm voranzutreiben. Gleichzeitig leugnet er den Holocaust am jüdischen Volk und droht Israel mit der Vernichtung.

zwischen den USA und Russland. Washington kündigte an, in Europa einen gegen Iran gerichteten Raketenabwehrschild aufzubauen. Diese Pläne lösten in Russland scharfe Reaktionen hervor. Präsident Putin drohte gar damit, russische Raketen wie im Kalten Krieg gegen Europa zu richten. Am G-8-Gipfel in Heiligendamm überraschte Putin dann mit dem Vorschlag, den geplanten Raketenabwehrschild gemeinsam mit den USA in Russland und Aserbeidschan zu bauen (statt in Polen und Tschechien).

Im irakischen Treibsand

Die Spannungen zwischen den USA und Iran eskalierten, als bekannt wurde, dass schiitische Aufständische im Irak über Waffen aus Iran verfügten. Namentlich mit panzerbrechenden

Sprengmitteln setzten sie den US-Streitkräften immer härter zu. Für die USA wurde die Truppenstationierung im Zweistromland zunehmend verlustreicher: Bis Anfang Juni 2007 verloren über 3500 US-Soldaten im Irak ihr Leben. Auch ein neuer Sicherheitsplan der US-Streitkräfte vermochte die Gewalt im Land nicht einzudämmen. Mit 131 Toten war der Monat Mai 2007 sogar einer der verlustreichsten seit der Invasion im März 2003.

Die Hoffnung, durch eine frei gewählte Regierung (Maliki) würde sich die Sicherheitslage im Lande entspannen, erfüllten sich nicht. Anschläge sowie bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen den ethnischen und religiösen Gruppen forderten eine anhaltend hohe Zahl an Opfern. Bei Gewaltakten fanden 2006 mehr als 34000 Zivilpersonen den Tod. Weitere 36000



Bei Selbstmord- und Autobomben-Anschlägen fanden im Irak Zehntausende von Menschen den Tod.

Menschen wurden nach Angaben der Vereinten Nationen verletzt. Einen Höhepunkt erreichte die Gewalt in den Monaten November und Dezember 2006 mit 6367 Toten und 6875 Verletzten. Am 13. Juni sprengten sunnitische Aufständische in Samarra die beiden Minarette der Goldenen Moschee, eines der wichtigsten Heiligtümer der Schiiten, in die Luft. Bereits ein Jahr zuvor war die Kuppel der Goldenen Moschee bei einem Anschlag zerstört worden. Die zusehends unsichere Lage veranlasste Hunderttausende von Menschen zur Flucht. Gegen zwei Millionen Iraker suchten in den Nachbarländern Syrien und Jordanien Zuflucht; auf 1,8 Millionen wurde die Zahl der Vertriebenen innerhalb des Landes geschätzt.

Die Hinrichtung des ehemaligen Diktators Saddam Hussein änderte nichts am anhaltenden

Blutvergiessen. Ein Sondertribunal verurteilte Saddam, der am 13. Dezember 2004 von den US-Besatzungstruppen festgenommen worden war, am 5. November 2006 zum Tod durch Erhängen. Am 30. Dezember wurde das Urteil im Morgengrauen vollstreckt. Wenige Tage später wurden auch der ehemalige Vizepräsident Taha Jassin Ramadan und Saddams Halbbruder Barsan Ibrahim al-Tikriti hingerichtet.

Bush im Gegenwind

Angeichts der unerfreulichen Situation mehrten sich auch in den USA die Zweifel am Sinn des Militäringagements. Im US-Kongress nahmen die Bestrebungen zu, einen verbindlichen Zeitplan für den Truppenabzug aus Irak zu fixieren. Das Parlament setzte eine parteiübergreifende Kommission unter dem

ehemaligen Aussenminister James Baker ein, um eine unabhängige Beurteilung der Situation im Irak und Empfehlungen für künftige Strategien zu erarbeiten. Der Bericht der Baker-Kommission wurde am 6. Dezember 2006 vorgestellt. Er forderte eine Neuausrichtung der Irak-Politik und empfahl einen Abzug aller Kampftruppen bis Anfang 2008. US-Einheiten sollten nur noch für Schutzaufgaben und zur Ausbildung der irakischen Armee zurückbleiben. Zum Ausgleich müssten die diplomatischen Bemühungen um eine Lösung der Krisensituation verstärkt werden. Ausdrücklich verlangte die Baker-Kommission den Einbezug von Iran und Syrien, stiess damit jedoch bei der US-Regierung zunächst auf wenig Gegenliebe. Erst im Mai 2007 kam es in Bagdad zu einem Treffen der USA und Irans

auf Botschafterebene. Dank seiner Veto-Gewalt vermochte Bush die Forderungen des Kongresses nach einem verbindlichen Abzugsdatum erfolgreich abzuwehren. Am 11. Januar 2007 stellte der Präsident seine neue Irak-Strategie vor: Sie liess die Forderungen der Baker-Kommission weitgehend unberücksichtigt; statt dessen sah sie eine Aufstockung der 130 000 Mann starken Besatzungstruppen im Irak um weitere 21 000 Mann vor.

Nicht nur im Ausland, sondern auch «zu Hause» sah sich der Präsident zunehmend Gegenwind ausgesetzt. Die Irak-Politik bestimmte in hohem Masse den Wahlkampf für die Kongresswahlen Anfang November 2006. Sowohl im Repräsentantenhaus als auch im Senat verloren die Republikaner die Mehrheit. Nach der Wahl gab Bush den Rücktritt von Verteidigungsminister Donald Rumsfeld

bekannt und ernannte den ehemaligen CIA-Direktor Robert Michael Gates zu dessen Nachfolger – ein Eingeständnis, dass die bisherige Irak-Politik in eine Sackgasse gelaufen war.

Gewalt statt Toleranz

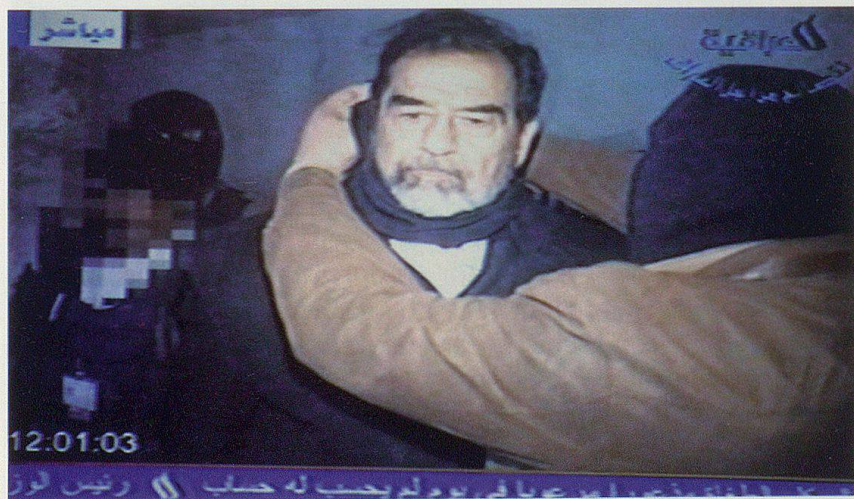
Auch abgesehen vom amerikanischen Militärengagement im Irak blieb das Verhältnis zwischen islamischer und westlicher Welt spannungsgeladen. Nachdem im Jahr zuvor Karikaturen in einer dänischen Zeitschrift Hasstiraden und Gewaltexzesse ausgelöst hatten, sorgte Papst Benedikt XVI. im September 2006 für einen neuerlichen Aufschrei in Teilen der islamischen Welt: Der Papst zitierte in einer Vorlesung in Regensburg eine Aussage des byzantinischen Kaisers Manuel II. Palaiologos zur Rolle der Gewalt im Islam. Diese Worte wurden von Vertretern des Islam als «Hasspredigt» hef-

tig kritisiert; vereinzelt kam es sogar zu Gewaltakten. Auch die britische Krone geriet nach Ernennung des Schriftstellers Salman Rushdie in den Adelsstand ins Visier islamistischer Fanatiker.

Ein besonderer Krisenherd blieb Afghanistan. Zwar verfügt das Land seit 2005 über ein freigewähltes Parlament. Über 4 Millionen Flüchtlinge, die während der Zeit der sowjetischen Besetzung und später während der Taliban-Herrschaft geflohen waren, kehrten bis Ende 2006 ins Land zurück. Aber die Sicherheitslage verbesserte sich trotz der Präsenz ausländischer Truppen nicht. Im Süden Afghanistans lieferten Taliban-Rebellen der internationalen Afghanistan-Schutztruppe ISAF anhaltende Gefechte. Bombenanschläge und Selbstmordattentate, die vorher in Afghanistan völlig unbekannt gewesen waren, richteten sich immer häufiger auch gegen nichtmilitärische Ziele. 2006 wurden nicht weniger als 106 Selbstmordanschläge gezählt, zu denen sich meist die Taliban bekannten. Eine der blutigsten Aktionen traf am 17. Juni 2007 einen Polizeibus in Kabul; 35 Menschen, darunter 22 Polizisten, verloren ihr Leben.

Palästinensischer Bruderkrieg

Zu den Brennpunkten des internationalen Geschehens gehört Jahr für Jahr der Nahe Osten. Seit dem Erfolg der radikalisla-



Bilder: Keystone

Der frühere Diktator Saddam Hussein kurz vor seiner Hinrichtung am 30. Dezember 2006.



Der Libanon-Krieg im Sommer 2006 hinterliess Milliarden Schäden und zahlreiche Opfer; Israel erreichte sein Ziel, die Befreiung zweier entführter Soldaten durch die Hisbollah, jedoch nicht.

mischen Hamas bei den Parlamentswahlen in Palästina verschärfte sich das Verhältnis zwischen Israel und den Palästinensern. Die Regierung in Jerusalem lehnte es kategorisch ab, mit einer Regierung zu verhandeln, die das Existenzrecht Israels nicht anerkennen wollte. Im Sommer 2006 eskalierte die Situation, als Israel auf die Entführung zweier israelischer Soldaten durch die Hamas mit Vergeltungsschlägen im Gazastreifen und Westjordanland antwortete. Auch innerhalb der palästinensischen Bevölkerung wuchsen die Spannungen: Mehrfach lieferten sich Anhänger der Hamas und der Fatah blutige Gefechte. Im Juni 2007 kam es im Gazastreifen zu bürgerkriegsartigen Auseinandersetzungen zwischen Hamas-Milizen und den bewaffneten Verbänden von Palästinenserpräsident Abbas. Aus dem Ringen

ging die Hamas als Siegerin hervor. Als Folge brach die Einheitsregierung auseinander, die Hamas und Fatah vier Monate zuvor durch Vermittlung Saudi-Arabiens gebildet hatten. Präsident Abbas vereidigte ein Notstandskabinet, dessen Einflussbereich sich faktisch auf das Westjordanland beschränkte, während die Hamas den Gazastreifen beherrschte. Der Westen sagte der neuen Regierung ohne die Hamas umgehend Unterstützung zu. Die Spaltung der Palästinenser komplizierte jedoch die ohnehin schwierige politische Situation im Nahen Osten weiter und machte die Wiederaufnahme des Friedensprozesses mit Israel noch unwahrscheinlicher als zuvor.

Krieg im Libanon

Unversehens eskalierte die Situation im Sommer 2006 auch an

der israelischen Nordgrenze. Hisbollah-Milizen entführten zwei israelische Soldaten. Die radikale Schiiten-Organisation wollte damit offenbar ein Verhandlungspfand in die Hand bekommen, um eigene Leute aus israelischen Gefängnissen freizupressen. Umstritten blieb, ob die israelischen Soldaten auf israelischem oder – wie die Hisbollah glaubhaft machen wollte – auf libanesischem Gebiet gefangen genommen wurden. Ministerpräsident Ehud Olmert bezeichnete die Aktion der Hisbollah als Kriegsakt und kündigte Libanon eine «sehr schmerzvolle und weit reichende Antwort» an. Israelische Panzer- und Truppenverbände drangen darauf hin in den Süden Libanons vor. Nach Raketenangriffen der Hisbollah auf Nordisrael verhängte die Regierung in Jerusalem am 14. Juli eine Luft- und Seeblockade gegen Libanon. Die Hisbollah antwortete mit verstärktem Raketenbeschluss auf nordisraelische Städte; Katuscha-Geschosse trafen auch die Hafenstadt Haifa. Bis zum 14. August wurden mehr als 4000 Raketen auf Israel abgefeuert; 43 israelische Zivilpersonen fanden den Tod. Bei Kampfhandlungen verloren 119 israelische Soldaten das Leben. Auf libanesischer Seite waren laut offiziellen Angaben 1191 Menschenleben zu beklagen. Beim folgenschwersten israelischen Luftangriff wurden in Kana in einem dreistöckigen Wohngebäude 28 Zivilisten, darunter 16 Kinder, getötet.

Obschon Israel der libanesischen Wirtschaft und Infrastruktur schwerste Schäden zufügte, erreichte der jüdische Staat sein Ziel – die Befreiung der beiden entführten Soldaten – nicht. Immerhin sah die Resolution, die der UNO-Sicherheitsrat am 11. August beschloss, die erstmalige Stationierung regulärer libanesischer Truppen im südlichen Libanon und eine auf 15 000 Mann aufgestockte Unifil-Mission vor. Am 14. August trat ein Waffenstillstand in Kraft, der von allen Seiten im wesentlichen eingehalten wurde. Die Hisbollah feierte das Ende des Waffengangs als grossen Erfolg.

In Israel hatte der Krieg dagegen ein bitteres politisches Nachspiel: Sowohl die Regierung Olmert als auch die Armee gerieten unter schweren innenpolitischen Druck. Sie mussten sich von Untersuchungskommissionen vorwerfen lassen, ohne klare strategische Perspektiven und Führung agiert zu haben. Premier Olmert behielt zwar seinen Posten, verlor aber innen- wie ausenpolitisch an Einfluss. Als Chef der Arbeitspartei und als Verteidigungsminister löste Ex-Premier Ehud Barak den glücklosen Amir Peretz ab.

Das israelische Parlament wählte im Übrigen im Juni 2007 den 83-jährigen Friedensnobelpreisträger Shimon Peres zum neuen Staatspräsidenten. Peres löste Moshe Katzav ab, dem Korruption und sexuelle Missbräuche vorgeworfen wurden.

Wachtablösungen in Europa

In mehreren europäischen Ländern kam es zu Veränderungen an der Staatsspitze: In Frankreich setzte sich im Präsidentschafts-Wahlkampf Nicolas Sarkozy, Vorsitzender der konservativen gaullistischen UMP, gegen die Sozialistin Ségolène Royal durch. Im entscheidenden zweiten Wahlgang am 6. Mai 2007 erzielte Sarkozy 53,06 % der Stimmen. Bereits im ersten Wahlgang am 22. April hatte Sarkozy mit 31,11 % die meisten Stimmen gemacht. Sarkozys Wahl bedeutet in mehrfacher Hinsicht eine Zäsur: Sein Vater entstammt dem ungarischen Kleinadel, seine Mutter ist die Tochter eines jüdisch-griechischen Geschäftsmannes. Sarkozy ist Vertreter einer jüngeren Generation. Als Minister hatte er sich vor allem als Law-and-order-Politiker profiliert. Gegenüber der glanzlosen Präsidentschaft Jacques Chiracs versprach Sarkozy aber einen energischen Reformschub. Das Mandat dazu erhielt der neue Präsident mit den Parlamentswahlen im Juni 2007: Allerdings verfehlte Sarkozys UMP die angestrebte Zweidrittelmehrheit. Der zweite Wahlgang endete für die bürgerliche Mehrheit mit einem unerwarteten Dämpfer – eine Warnung der Stimmberechtigten für den neuen Präsidenten.

Politische Veränderungen erlebte auch Österreich: Sechs Jahre hatte die Österreichische Volkspartei (ÖVP) unter Kanz-



Bilder: Keystone

Nicolas Sarkozy wird als Nachfolger von Jacques Chirac ins französische Präsidentenamt gewählt.

ler Wolfgang Schüssel zusammen mit der Freiheitlichen Partei (FPÖ) regiert. Bei den Nationalratswahlen vom 1. Oktober 2006 erreichten die Sozialdemokraten (SPÖ) überraschend eine relative Mehrheit. Nach langen Verhandlungen wurde im Januar 2007 eine Grosse Koalition unter Alfred Gusenbauer (SPÖ) als Bundeskanzler gebildet.

In Grossbritannien trat Premierminister Tony Blair nach zehnjähriger Amtszeit zurück und übergab die Amtsgeschäfte Gordon Brown, dem bisherigen Finanzminister. Als erster Labour-Politiker hatte Blair seine Partei zu drei aufeinanderfolgenden Wahlsiegen geführt. Unter dem Stichwort «New Labour» wurde die früher stark ideologisch geprägte Partei zu einer modernen sozialdemokratischen Kraft. Grossbritannien verdankt Blairs Regierung nicht nur wirt-

schaftlichen Aufschwung und Modernisierung, sondern zahlreiche Reformen in den Bereichen Gesundheit, Erziehung, Verkehr, Infrastruktur und Sozialversicherung. Schottland und Wales erhielten mit der Einführung der Home Rule weitgehende Autonomierechte (und eigene Parlamente) zugestanden. Blairs Amtszeit wurde allerdings gegen Ende immer stärker vom Irakkrieg überschattet. Als Premier hatte er das Engagement der USA im Irak von Anfang an befürwortet und unterstützt.

Fortschritte und Rückschläge

Blairs bleibendste Verdienste betrafen wohl Nordirland: Nach fast 40 Jahren Bürgerkrieg konnte 2007 ein entscheidender Durchbruch im Friedensprozess gefeiert werden. Unter Vermittlung des Premierministers kam es zu einem historischen ersten Treffen der Führer der beiden größten nordirischen Parteien, Ian Paisley, Chef der radikal-protestantischen Democratic Unionist Party (DUP), und Gerry Adams, Vorsitzender der katholischen Sinn Féin. Die britische Regierung sagte Nordirland finanzielle Hilfen in Höhe von etwa 75 Milliarden Euro für die folgenden zehn Jahre zu, die Europäische Union (EU) versprach knapp eine Milliarde. Am 8. Mai 2007 wurde die neue, überkonfessionelle Regionalregierung mit Paisley als Erstem Minister und Martin McGuinness von der Sinn Féin als dessen Stellvertreter vereidigt.

Einen Rückschlag erlebten dagegen die Bemühungen zur Lösung des Basken-Problems. Im Sommer 2006 hatte die spanische Regierung Verhandlungen mit der Terrororganisation ETA aufgenommen, nachdem diese im März einen «permanenten Waffenstillstand» angekündigt hatte. Nach dem Bruch des Waffenstillstands durch ein ETA-Attentat am 30. Dezember 2006 im Madrider Flughafen wurden diese Verhandlungen allerdings wieder eingestellt. Seitens der konservativen Opposition waren diese Kontakte stets heftig kritisiert worden. Im Juni 2007 kündigte die ETA neue Gewaltakte an – zurück blieb ein politischer Scherbenhaufen.

Europa konnte einen weiteren Markstein seiner politischen Entwicklung feiern: Rumänien und Bulgarien wurden am 1. Januar 2007 offiziell in die EU aufgenommen. Die Europäische Union zählt damit 27 Mitgliedsstaaten; vor der Tür blieb die Türkei stehen, deren Beitrittsge-such von der EU vorerst auf die lange Bank geschoben wurde. Als erstes osteuropäisches Land trat Slowenien der Euro-Zone bei.

Politische Marksteine

Abschliessend seien weitere Ereignisse der Berichtsperiode zusammengefasst:

- In Thailand riss am 19. September 2006 die Armee die Macht in einem unblutigen Putsch an sich und verdrängte den populistischen Premierminister Thak-

sin Shinawatrass von der Regierung. Am Silvesterabend 2006 erlebte Bangkok eine Reihe von Anschlägen, deren Urheber-schaft unbekannt blieb. Im Süden des Landes gingen die Auseinandersetzungen zwischen muslimischer Bevölkerung und Sicherheitskräften weiter.

- In Venezuela wurde Hugo Chávez am 3. Dezember 2006 mit fast 63 % der Stimmen als Präsident zum dritten Mal wiedergewählt. Die Nationalversammlung übertrug ihm Sondervollmachten, die er unter anderem zur Nationalisierung von Erdölfeldern und zur Schliessung missliebiger TV-Sender ausnützte.
- In Chile starb Augusto Pinochet Ugarte am 10. Dezember 2006 im Alter von 91 Jahren. Pinochet hatte das Land von 1973 bis 1990 diktatorisch regiert. Ihm werden unzählige Menschenrechtsverletzungen angelastet. Die chilenische «Kommission für Wahrheit und Versöhnung» erwähnte in ihren Aufzeichnungen 2095 Tote und 1102 verschwundene Häftlinge, die Pinochets Folterjustiz zum Opfer fielen.
- In Zimbabwe liess sich der 83-jährige Präsident Robert Mugabe, der das Land seit 1980 ununterbrochen regiert, im Hinblick auf 2008 für eine weitere fünfjährige Amtszeit nominieren. Derweil verschlechterte sich die Menschenrechtssituation dieses ehemals reichen afrikanischen Landes weiter.

Innenpolitischer Rückblick

Im Unterschied zu 2001 war das zweite Bundespräsidialjahr – 2006 – für Moritz Leuenberger von keinen Katastrophen, Terroranschlägen oder grösseren Unglücksfällen überschattet. Auch die erste Hälfte des Jahres 2007 stand für die Schweiz insgesamt unter einem guten Stern. Die Wirtschaft erfreute sich einer anhaltend guten Konjunktur. Entsprechend gingen die Arbeitslosenzahlen zurück: Die Quote sank auf 2,7 % im Mai 2007. 2005 hatte sie im Jahresdurchschnitt noch bei 3,8 % gelegen. Dabei stand allerdings die Deutschschweiz (2,2 %) deutlich

besser da als die Westschweiz und das Tessin (4,1 %). Schlecht qualifizierte ausländische Arbeitskräfte waren gemäss der Statistik des Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco) mit 42,1 % deutlich überproportional von Arbeitslosigkeit betroffen als Schweizerinnen und Schweizer (57,9 %).

Laut dem Seco hat das Freizügigkeitsabkommen (FZA) mit der EU in den letzten Jahren zu einer verstärkten Zuwanderung von Arbeitskräften aus dem EU-Raum – insbesondere aus Deutschland – geführt. Die Annahme, dass dadurch einheimi-

sche Arbeitskräfte verdrängt wurden, liess sich jedoch nirgends bestätigen. Vielmehr verschaffte die Personenfreizügigkeit der Schweizer Wirtschaft die Möglichkeit, sich die dringend benötigten qualifizierten Arbeitskräfte im nahen Ausland zu rekrutieren. Die Erwerbstätigkeit von EU- und Efta-Bürgern nahm bei den akademischen Berufen (+ 16 000 zwischen 2003 und 2006), bei den Führungspositionen (+ 5000) und bei den technischen Berufen (+ 5000) am deutlichsten zu. Das Seco zog denn auch eine betont positive Zwischenbilanz über die Personenfreizügigkeit: «Die verfügbaren Daten deuten darauf hin, dass die zugewanderten Arbeitskräfte aus dem EU-/Efta-Raum die Wirtschaftsentwicklung begünstigt haben, indem die chronische Knappheit an qualifizierten Arbeitskräften verringert werden konnte.» Die Wirkungsweise der Personenfreizügigkeit wird sich freilich erst nach einer künftigen Wirtschaftsrezession abschliessend beurteilen lassen. Trotzdem stimmen die ersten Erfahrungen – nicht zuletzt mit Blick auf eine mögliche weitere Volksabstimmung, die 2009 möglich wäre – zuversichtlich.

Die Abstimmungen über das zweite Paket bilateraler Abkommen (im Mai 2004) und über den Beitritt der Schweiz zum Schengen/Dublin-Abkommen (im Juni 2005) hatten das Verhältnis



Bild: Keystone

Mit einem Ja-Anteil von 53,4 % akzeptiert das Schweizervolk am 26. November 2006 das Bundesgesetz über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas. Die Bundesrätinnen Micheline Calmy-Rey und Doris Leuthard freuen sich über den Abstimmungsausgang.

zur Europäischen Union entkrampft. 2006 musste noch einmal über ein Europa-Thema abgestimmt werden. Mit einem Ja-Anteil von 53,4 % akzeptierte das Schweizervolk am 26. November 2006 das Bundesgesetz über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas. Die darin verankerte Osthilfe war zwar nicht direkt Teil der bilateralen Abkommen gewesen; trotzdem machte die EU klar, dass ein Nein die Zusammenarbeit erheblich erschweren würde. Die Schweizer Demokraten hatten mit Unterstützung der SVP und der Lega dei Ticinesi das Referendum ergriffen. In der Bevölkerung überwog jedoch die Einschätzung, dass die vorgesehene Milliarde Franken mit Blick auf die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas gut investiert sei.

Steuerstreit mit der EU

Trotz dieses deutlichen Votums – das als Bestätigung des bilateralen Weges interpretiert werden konnte – blieb das Verhältnis zwischen der Schweiz und der EU auch in der Berichtsperiode nicht ungetrübt. Mehrere EU-Staaten, namentlich die Nachbarstaaten Frankreich und Deutschland, stiessen sich daran, dass einzelne Kantone ausländischen Firmen und wohlhabenden Einzelpersonen steuerliche Vergünstigungen boten, die für den Fiskus spürbare Abwanderungen zur Folge hatten. Als im Dezember 2006 bekannt wur-

de, dass der Sänger Johnny Halliday aus Steuergründen in die Schweiz übersiedeln wolle, gerieten viele Franzosen in Wallung. Vor Halliday hatten sich bereits Berühmtheiten wie Charles Aznavour, Alain Delon und Yannick Noah ins helvetische Steuerparadies abgesetzt. Die EU-Kommission kritisierte die Schweiz und warf ihr einen Verstoss gegen das Freihandelsabkommen von 1972 vor. Die Eidgenossenschaft ihrerseits berief sich auf die kantonale Steuerhoheit. Zwar erklärte sich der Bundesrat zu Gesprächen mit der EU bereit; Verhandlungen lehnte er jedoch kategorisch ab. Auch die EU liess keine Kompromissbereitschaft erkennen; bisherigen Erfahrungen entsprechend dürfte der Druck auf die Schweiz weiter zunehmen.

Auch innenpolitisch blieb das Steuergefälle zwischen den Kantonen auf der Traktandenliste. Nach dem Ständerat billigte auch der Nationalrat die Ausführungsgesetz zum Neuen Finanzausgleich (NFA), der insbesondere Transferleistungen reicher Kantone wie Zug und Zürich zugunsten benachteiligter Regionen vorsieht. Für Aufsehen sorgte das Bundesgericht: Am 1. Juni 2007 hiess es einen Rekurs des PdA-Nationalrats Josef Ziswiler gegen die degressive Steuerordnung im Kanton Obwalden gut; sechs der beteiligten sieben Bundesrichter anerkannten, dass degressive Steuern das verfassungsmässige Prinzip der Steuergerechtigkeit verletzen, wo-

nach jede Bürgerin und jeder Bürger nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zu besteuern ist. Das Urteil stiess namentlich bei der SVP und der FDP auf Kritik: Das Bundesgericht habe den Steuerwettbewerb und die kantonale Steuerautonomie torpediert, zumal das Obwaldner Volk dem Gesetz mit einem Ja-Anteil von 86 % zugestimmt hatte. Die SP und die Grünen werteten das Urteil dagegen als «Erfolg für die Steuergerechtigkeit». Obwalden seinerseits reagierte rasch und kühl: Die Regierung kündigte an, als erster schweizerischer Kanton eine Flat Tax einführen zu wollen (womit sich das Bundesgericht unwillkürlich zum Geburtshelfer einer steuerpolitischen Revolution wurde).

Die SP im Wellental

Sonst gab es jedoch für die Linke in der Berichtsperiode wenig zu feiern. Am 24. September 2006 schickten Volk und Stände die Volksinitiative «Nationalbankgewinne für die AHV» mit 53,8 % der Stimmen bachab. Gleichenfalls billigte das Volk die Revisionen des Ausländer- und des Asylgesetzes mit je 68 % Ja. Dieses Votum war nicht zuletzt ein persönlicher Triumph Bundesrat Christoph Blocher, der die verschärften Bestimmungen durch das Parlament gelotst hatte. Die Niederlage war für die Linke umso bitterer, als sie die Abstimmung zu einem Plebiszit um die Person des Justizministers gemacht hatte. Das neue

Ausländergesetz verbessert einerseits die Rechtsstellung der in der Schweiz lebenden Ausländerinnen und Ausländer und schafft administrative Erleichterungen; andererseits sieht es verstärkte Sanktionen zur Durchsetzung von Entscheiden vor. Die Revision des Asylgesetzes strafft die Asylverfahren und verschärft den Vollzug nach Wegweisungsentscheiden.

Am 11. März 2007 scheiterten die SP und die ihr nahestehenden Organisationen mit der Volksinitiative «für eine soziale Einheitskrankenkasse»: Der Nein-Stimmen-Anteil von mehr als 71 % zeigte, dass es der Linken mit diesem Begehren nicht einmal gelungen war, die eigenen Sympathisanten zu überzeugen. Am 17. Juni 2007 stimmte das Schweizervolk der 5. Revision der Invalidenversicherung (IV) gegen linken Widerstand mit 59 % Ja zu.

Auch bei Wahlen musste die erfolgsverwöhnte SP teilweise herbe Niederlagen einstecken. Bei den Zürcher Kantonsratswahlen – am 15. April 2007 – bürsteten die Sozialdemokraten 7,25 Prozent der Wählerstimmen ein; von 26,72 % fielen sie auf 19,47 % zurück. Von ihren bisher 53 Sitzen im 180-köpfigen Kantonsparlament verlor die SP auf einen Schlag deren 17. Die SVP vermochte demgegenüber ihren Stimmenanteil mit 30,5 % praktisch zu behaupten. Grosse Gewinner der Zürcher Kantonsratswahlen waren die Grünen, die ihren Wähleranteil um 2,3 auf

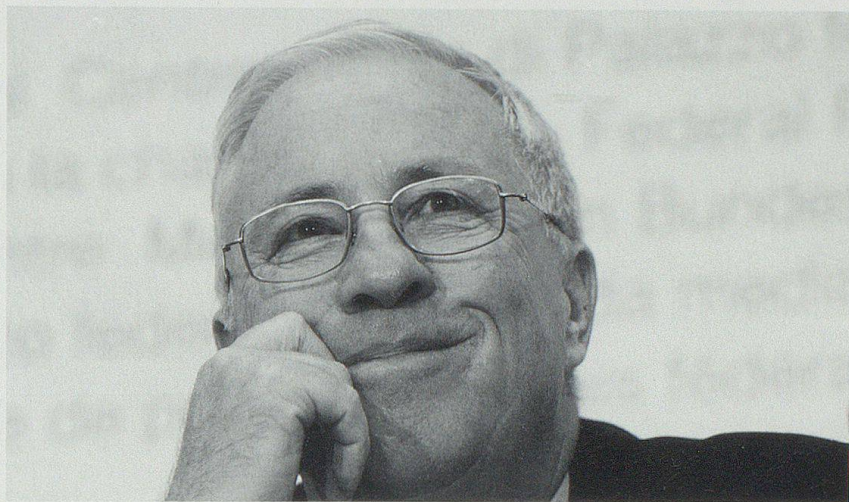


Bild: Keystone

Mit dem Ja des Schweizervolkes zum neuen Asyl- und Ausländerrecht kann Justizminister Christoph Blocher einen persönlichen Triumph feiern.

10,4 % zu steigern vermochten, und die erstmals kandidierenden Grünliberalen, die auf Anhieb auf 5,75 % kamen. Traditionell gelten die Wahlen im grössten Kanton als Test für die eidgenössischen Wahlen im Herbst; entsprechend frustriert reagierten die Sozialdemokraten.

Leuenbergers Kehrtwende

Auch Bundesrat Moritz Leuenberger geriet in die SP-interne Kritik: Der Energieminister hatte Ende 2006 mit der pikanten Aussage überrascht, er wolle die «Option Kernenergie offen halten». Im Hintergrund standen Prognosen, die der Schweiz ab 2012 wachsende Stromversorgungslücken verhiessen. Der einstige AKW-Gegner Leuenberger vollzog damit eine bemerkenswerte politische Kehrtwende: «Wir können nicht so weitermachen wie bisher, sonst laufen wir in Versorgungspro-

bleme hinein», erklärte er am 21. Februar, als er die Neuausrichtung der Energiepolitik erläuterte, die der Bundesrat auf seinen Antrag hin beschlossen hatte. Die neue Strategie setzt auf die drei Säulen Energieeffizienz, erneuerbare Energien und Grosskraftwerke – nicht zuletzt auf den Ersatz der bestehenden Kernkraftwerke und Neubauten. Ausserdem spricht sich die Landesregierung auch für den Bau von Gas- und Dampfkraftwerken aus, obschon solche wegen ihres CO₂-Ausstosses umstritten sind.

Die Neuausrichtung der bundesrätlichen Energiepolitik und Leuenbergers Position kamen bei der Linken nicht gut an: SP-Energiespezialist Rudolf Rechsteiner (Basel) bezeichnete Leuenbergers «Atomphantasien» als «intellektuellen Tiefschlag». Der Berner Nationalrat André Daguét legte Leuenberger gar den Rücktritt nahe.



Bild: Keystone

Am 15. Juni 2007 kann der Lötschberg-Basistunnel feierlich in Betrieb genommen werden. Er verbindet Frutigen im Berner Oberland mit Raron im Wallis. Mit fast 34,6 km Länge ist er der drittlängste Eisenbahntunnel der Welt.

Auch andere Bundesräte hatten Mühe mit ihren Parteien. Einzelne FDP-Exponenten machten kein Hehl aus ihrer Auffassung, dass sie lieber mit einem attraktiveren Bundesrats-Gespann in die Wahlen 2007 gegangen wären als mit Pascal Couchepin und Hans-Rudolf Merz. Die SVP liess ihren Bundesrat Samuel Schmid ausgerechnet bei der Armeereform im Regen stehen. Diese Vorlage zielt auf eine Reduktion der Truppen der klassischen Landes-

verteidigung hin. An der Herbst-session im bündnerischen Flims scheiterte die Armee reform 08/11 an einer unheiligen Allianz von SVP, SP und Grünen. Erst im zweiten Anlauf drang Verteidigungsminister Schmid durch: Nachdem der Nationalrat zwei Vorstössen zugestimmt hatte, die eine Verdoppelung der Kapazitäten im Ausland und der Zahl der Durchdiener vorsah, schwenkte die SP ins Ja-Lager. Die SVP hingegen blieb bei ihrer Verweigerung.

Umwelt

Im Gegensatz zum Vorjahr blieb die Schweiz 2006/2007 von Umweltkatastrophen weitgehend verschont. Einzig das Napfgebiet und das Emmental wurden am 8. Juni 2007 von einem schweren Gewitter mit Millionenschäden heimgesucht. Im ersten Halbjahr 2007 lagen die Temperaturen indessen erneut deutlich über dem langjährigen Durchschnitt. Bis zum März fiel kaum Schnee; selbst in höheren Lagen mussten Defizite mit Schneekanonen ausgeglichen werden. Immer deutlicher zeichnet sich ab, dass Skistationen unterhalb von 1500 Metern keine Überlebenschancen haben werden. Unter dem Eindruck sich verdichtender Informationen über den Klimawandel und die Rolle des Menschen wurde die Umwelt wieder zu einem der dominierenden Themen. Besonders die Diskussion um eine CO₂-Abgabe spaltete die Parteien. Das erstarkte umweltpolitische Bewusstsein schlug sich bei Wahlen regelmässig in Gewinnen für die grünen und grünliberalen Parteien nieder.

Als Meilenstein für die Politik der Verkehrsverlagerung konnte am 15. Juni 2007 der Lötschberg-Basistunnel in Betrieb genommen werden. Mit fast 34,6 Kilometern Länge ist er der drittlängste Eisenbahntunnel der Welt. Insgesamt acht Jahre war am Lötschberg gebaut worden; die Gesamtkosten beliefen sich auf 5,3 Milliarden Franken.